



Der Bürgermeister Ulm und sein Landrat Hermann Günselmann waren als Ehrengäste eingeladen und zeigten sich sehr erfreut über das Engagement der Öffentlichkeit vorgestellte

Der Angeschuldigte habe sich vom Einrecht. Der Angeschuldigte habe sich vom Einrecht. Der Angeschuldigte habe sich vom Einrecht.

Die Anwendung des Strafrechtsgesetzes auf die Anwendung des Strafrechtsgesetzes.

LOKALES

Mittwoch, 27. April 2016

Der Tunnel ist tot, es lebe die Verkehrsberuhigung

Stadtrat fordert den Bund auf, sich auf der B 470 durch Ebermannstadt an Maßnahmen zur Verringerung der Belastungen zu beteiligen

VON MARQUARD OCH

EBERMANNSTADT – Der Tunnel unter dem Feuerstein ist tot, eher geboren wurde. Das sieht nun auch der Stadtrat in seiner Gesamtheit so.

Im Dezember 2014 hatte der Stadtrat auf Antrag der CSU/JP-Fraktion die Aufnahme der Ortsumgehung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015 gefordert. Dementsprechend hatte Bürgermeisterin Christiane Meyer (NLE), eine Tunnelgegnerin, die politischen Mandatsträger gebeten, sich für die Tunnellösung einzusetzen: „Den Beschluss habe ich umgesetzt“, sagte sie in der jüngsten Stadtratssitzung. Im Entwurf des BVWP ist der Tunnel, wie *mehrfach berichtet*, wegen des ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses weder für den vordringlichen noch für den weiteren Bedarf vorgesehen.

In seiner nun verabschiedeten Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung am BVWP (noch bis 2. Mai möglich) hebt der Stadtrat jetzt einstimmig die dringende Notwendigkeit anderer Maßnahmen zur Entlastung der B 470-Anwohner heraus. Er fordert, dass entsprechende Maßnahmen aus Bundesmitteln mitfinanziert und bald umgesetzt werden. Darüber hinaus soll der Einbau eines Järminnerranden Straßenbelags sowie die Förderung von Schallschutzfenstern angestrebt werden. Im Rahmen des Isck-Prozesses



Ohne Tunnel im Kopf kann Ebermannstadt nun über alternative Verkehrsberuhigungsmaßnahmen nachdenken. Foto: Och

hatte die Stadt das Büro Transver aus München mit einem Fachgutachten beauftragt, in dem zur Optimierung der Verkehrsführung am Knotenpunkt B 470/Ramsterlstraße ein Kreisverkehr empfohlen wird und das Signalprogramm der Ampeln an der Abfahrt Richtung Drügendorf verbessert wird. Ebenso ist an der Kreuzung Schulstraße mit der Änderung der Verkehrsführung das Signalprogramm anzupassen, wie der Stadtrat meint. Im Gutach-

ten sind auf der Ortsdurchfahrt weitere 30 km/h zwischen 22 und sechs Uhr-Geschwindigkeitsüberwachung, Schaffung einer Eingangssituation am Siedlungsbeginn, Querungshilfen sowie gestalterische Maßnahmen empfohlen. Alle Punkte wurden einstimmig gefordert. Bei der weiteren Planung der Ortsumgehung der Ortsumgehung von Forchheim, so finden die Ebermannstädter, müssen die Belange des östlichen Landkreises, besonders das „Nadelöhr“ Ebermannstadt, berücksichtigt werden. Bevor eine Variante verwirklicht werden, müsse deren Auswirkung auf Ebermannstadt detailliert untersucht werden. Nördlich von Kirchenheubach sei laut Transver-Gutachten eine Steigerung der Verkehrsmenge auf der B 470 in 24 Stunden um 3000 Fahrzeuge zu erwarten. Dies führe für Ebermannstadt zu einer erhöhten Belastung. Erwin Horn (NLE) befürchtete noch mehr Lkw-Verkehr durch die Fränkische durch „Mautfluchten“ von der A 73 und der A 9. Seiner Meinung nach sollte die Herausnahme des Projekts Ostspange gefordert werden; mit zehn Gegenstimmen von CSU, den Räten der Außenorte und Ludwig Brüttings (FW-BB) lehnte die Mehrheit das aber ab. „Die Umfahrung von Forchheim darf keine nachteiligen Auswirkungen auf Ebs haben“, meinte Brüttings, darin waren sich wieder alle einig. Im Beschluss steht: Wenn die gegenwärtige Einflutung bestehen bleibt, sollen die mit dem Planungsrecht verbundenen Finanzmittel auch für detaillierte Wirkungsuntersuchungen eingesetzt werden.